

Berlin.  
Sonnabend, 4. April.

(Abend-Ausgabe.)

N° 160.

1857. — 10<sup>th</sup> Jahrgang.

Bekleidungen nehmen alle Postanstalten des  
u. Auslandes an; f. Berlin d. Preis Lindenstr. 51.  
Inserate: die Zeitzeile 2 Th.

# National-Zeitung.

Bonapartest. Berlin; viertelst. 1 Th. 20 Pf.  
für ganz Preußen 2 Th. 12 Pf.; für das übrige  
Deutschland 2 Th. 24 Pf.

## Inhalt.

Deutschland. Berlin: das Neuenburger Konferenz; Verhandlungen mit Oldenburg; das Schiedsgericht; aus dem Abgeordnetenhaus. Wiesbaden: Ansche; Darmstadt: Discontotheater; Dr. Breidenbach f. Karlsruhe: der Kanzlerstaat und die Industrie; die Lutherische Weimar: aus dem Landtag. Aus dem Waldeckschen: Schluss der Landtagssitz. Oldenburg: aus dem Landtag; Telegraph. Österreichischer Kaiserstaat. Wien: die Holzindustrie mit Schweiz und Moldau. Neuenburger Konferenz; Beschiedenes. Frankreich. Paris: die Neuenburger Konferenz; Tagesbericht; Konsensatz. Großbritannien. London: die Grossostschwaden; die Innenemigration; Rückungen gegen China und Australien. Mexico: Ausgangsblatt für Gold; das Desamortisations-Gesetz.

## Deutschland.

\* Berlin, 4. April. Die im gestrigen Morgenblatte mitgetheilte Berlin in Betreff der acht Punkte, welche der von dem Grafen Hatzfeld der Neuenburger Konferenz vorgelegte Vorschlag enthält, wird auch von der „Zeit“ als die „glaublichste“ bezeichnet. Sie wird nur darin erachtet, dass hervorgehoben wird, dass Preußen „im Interesse Europas“ zu sterben in Aussicht gestellte Berücksichtigung bereit sei. Ferner übernimmt nach dem zweiten Punkte die Schweiz nicht nur die Ausgaben für die Okkupation des Kantons Neuenburg, sondern alle durch die September-Bewegung verursachten Kosten übernahm. In Betreff des Standes der österreichischen Angelegenheit wird bestätigt, dass die Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich vorläufig nur dazu geführt haben, dass den österreichischen Gesandten in Berlin und Wien vollzogen werden, man wolle ihrer Regierung noch eine Frist für die nötigen Einleitungen zu einer angemessenen Verständigung mit den Herzogthümern lassen, wenn aber dieselbe nicht benutzt werde, einen gemeinsamen Antrag an den Bund bringen. Die französische Regierung hat nach einer Mitteilung der „A. B.“ nicht gerade die Kompetenz des Bundes in Abrede gestellt, aber in Berlin und Wien zu bedenken gegeben, aus solchen Begegnungen die Beweisstellung leicht noch steigen und die Angelegenheit einen europäischen Charakter annehmen könnte; so habe sie den deutschen Bündien eine direkte Befürchtung mit Dänemark empfohlen, ohne zunächst in Frankfurt vorzugehen. Hiermit würde nun das vorläufig eingetragene Verfahren in Übereinstimmung stehen.

\* Berlin, 4. April. Die Unterhandlungen mit den Herzogthümern Württemberg und Oldenburg in Betreff eines Vertrages über Abschluss einer Postkonvention und des Baues der Rhae-Eisenbahn wurden am 1. d. M. beendet. Der Regierungsrath hinsichtlich aus Württemberg, welcher Seitens Oldenburgs zu diesem Baue hier mehrere Wochen brachte, hat gestellt bereits Berlin verlassen. Bei dieser Schlage lässt sich erwarten, dass der Bau der Rhaebahn demnächst in Angriff genommen werden wird.

— Die „Zeit“ meldet in ihrer heutigen Nummer: Nachdem das Geschäftsbüro gegründet bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus gefallen ist, hat der Evangelisch-lutherische Oberkirchenrat die Sache in die Hand genommen, um der evangelischen Kirche eine feste Richtung in Entscheidungssachen zu geben. Inbetrieb sind die eingeleiteten Arbeiten erst in dem Stadium der Vorverhandlungen, und es entbehren danach die Angaben über bestimmte Ergebnisse derselben zur Zeit der Vergangenheit.

— Die Kainau- und Generale-Kommission des Abgeordnetenhauses septe gestern Abend die Beratung des Gesetz-Entwurfs über die von Aktien- und ähnlichen Gesellschaften zu entrichtende Gewerbesteuer fort und gelangte einschließlich zum §. 6. Die Regierungsvorlage wurde durchweg angenommen.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden die letzten Budgetberichte diskutirt und eine Reihe von Petitionen erledigt. Das Näherte im Morgenblatte.

\* Darmstadt, 2. April. Der Großherzog hat die Statuten des hier zu begründenden Discontotheaters genehmigt und der Ausfall Korporationsrechte verliehen. Das Komitee, welches die Kaiserin von Russland ein Geschenk von 500 Th. zulassen ließ, hat beschlossen, mit dem Bau des Hauses unverzüglich zu beginnen. — Heute verloren wir durch den Tod eines unserer tüchtigsten Staatsbeamten und ausgezeichneten Rechtsgelehrten, den Oberstudienrat Dr. Borendorf. Er war am 13. Nov. 1796 zu Offenbach geboren, stand also im 61. Lebensjahr.

Wiesbaden, 2. April. In der heutigen Sitzung der vereinigten Kammer teilte der Regierungskommissar mit, dass die Regierung bestrebt ist, die Fabrikationsarbeiten ein Anlehen von 190,000 fl. bei der Landesbank zu machen, welches noch und nach aus den Errüttungen der Fahrräder wieder getragen werden soll.

Karlsruhe, 1. April. Auch in unserer Stadt mit vorwollender Beamtenbesetzung ist die Themenwahl und das Verlangen nach Gehaltsausföhlung eine Frage der Anerkennung. So unbestritten auf einer Seite die Unmöglichkeit vorliegt, in den grösseren Städten eine Familie mit den bisherigen Gehalten zu ernähren und zu erziehen, ebenso klar scheint es auf der anderen Seite, dass eine Aufstellung in einem auch nur entfernt hälftigen prozentualen Betrag die Kräfte und das weise Werk des Staates überfordert. Deshalb drängt sich die Art der Hilfe nach einer andern Richtung, statt Erhöhung des Maiges der Rahrung Verminderung der Zahl der Bezeichnungen auf, und würde vielleicht auch im Prinzip Anerkennung finden, wenn die Ausföhlung nicht mit der neuen Organisation des Kanzlerstaates zusammenhinge. Eine Wirkung aber macht sich jetzt schon immer bemerklicher, dass die Kräfte sich weniger dem Staatsdienst zuwenden. Für die Juristen hat bei den schlechten Aussichten, dem geringen Bedarf an Beamten, der Verkürzung der Zahl der Advokaten und dem übergreifenden Bereich von Wartenden die Einführung einer zweiten Staatsprüfung den Andrang bereits abgelenkt. Zum Beruf der Juristen dagegen, obgleich deren Feld schon fast die aufs äukste ausgereizt ist, ist der Zuwachs immer noch gleich gross. Die industriellen Bächer aber eben jetzt die stärkste Auswirkung. Die politisch-schulische Schule hier hat ihren Jahresbeginn mit 558 Schülern eröffnet, vorunter 221 Badener, während Heidelberg unter 563 Studenten nur 201 Badener zählt und Freiburg nur 207 Badener aufweist, die also bis auf 37 sämmtlich aus dem Großherzogthum sind. (M. A.)

— Wie dem „Sch. M.“ geschrieben wird, hat der Großherzog den lutherischen Gemeinden Religionsfreiheit in der Weise zugestanden, dass sie das jas exterritorial religiose privati haben, ohne dass ihnen oder eigentliche Korporationen

rechte eingeräumt sind. Doch ist weiter bewilligt, dass gemeinschaftliche Gottesdienste für die Lutherischen verschieden Orte gehalten werden dürfen. Die Luther aus der böhmischem Union evangeliischen Landeskirche ausgetretenen Geistlichen, Löbhorn und Ludwig, sind als lutherische Geistliche bestätigt worden.

Wiesbaden, 3. April. Der Landtag hat die Beratung über die substantielle Trennung des Kammervermögens vom Landesvermögen beauftragt, die Vorlage der Staatsregierung in Wettinischen angenommen und sich bis zum 20ten April verlängert. Die von der betreffenden Kommission beantragte Bewahrung, das aus dem Eingehen und den Erklärungen auf die Vorlage keine Folgerung für das Eigentum des grossherzoglichen Hauses am Kammerstammvermögen gezogen werde, hat auch im Landtag die Majorität erlangt.

Aus dem Waldeckschen, 1. April. Gestern hielt die Ständekammer ihre letzte Sitzung in der nunmehr abgesessenen fast königlichen Sitzung. Die Frage wegen Dekretes noch bestehenden Dechtes beschloss dieselbe bis zum nächsten Landtag auszuschieben, während Regierung aber zu ermöglichen. Das Gesetz der Retha wurde zur Dekretung des Dechtes eine Anteile zu machen. — Die Resultate dieses Landtags sind im wesentlichen auf negativer Art, indem derselbe sich veranlasst hat, die Vorlagen der Regierung nicht anzunehmen.

\* Oldenburg, 2. April. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde der Entwurf zu dem Antwortschreiben auf die Aufschrift des Staatsministeriums vom 2. Februar d. J. in Betreff des Gelehrtenwurts wegen Einrichtung der Akademie verlesen und genehmigt. Das Schreiben bringt die in der Sitzung vom 27. v. M. (siehe „A. B.“ Nr. 151) beschlossenen Punkte zur Kenntnis der Regierung. — Nach einem mit Bremen abgeschlossenen Vertrage wegen Anlegung eines elektromagnetischen Telegraphen zwischen Bremen und dem auf dem hohen Wege zu erbauenden Leuchtturm hat Oldenburg die Kosten der Drahtleitung zwischen Oldenburg und Föhr übernommen. Die Anlage soll jetzt vollständig befehlt werden, und es bewilligt der Landtag den Antrag der Staatsregierung gemäß die noch erforderliche Summe von 4000 Thl.

## Österreichischer Kaiserstaat.

\* Wien, 2. April. Die Verhandlungen mit den Herzogthümern Württemberg und Württemberg in Betreff der Verlängerung der Dauer des Zollvereinigungsvertrages, welcher sie mit Österreich verbündet, haben bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Regierung des sogenannten Staates neigt sich zwar entschieden zu Österreich; nicht dasselbe gilt von Württemberg. Die piemontesische Einschlafung sich gleichzeitig deutscher Handelsagenten alles in Bewegung setzt, um dieses Gebiet zum Betriebe unbeschränkten Ablasses ihrer Manufakturwaren zurück zu erobern. Es ist bekannt, dass im Lombardisch-Savoyischen Königreiche der Schwangart seit Jahrzehnten umfangreich als irgendwo betrieben wird. Nicht die Beamten des österreichischen Polizeidepartments tragen die Schulden; der meiste Import dieser Gattung bewegt sich über die piemontesische Grenze. Da nun Österreich sich bewegen und gegen strenge Restriktionen ausspielen, so wird die Befolklung auch bei den benigigen unpopulär, welche sich aus diesem besonderen Verhältnisse eine Quelle des Gemünes gebildet haben.

## Schweiz.

\* Aus der Schweiz, 1. April. Dem „Bund“ wird aus Paris gemeldet, dass nach den in der vierter Konferenz gesuchten Eröffnungen und nachdem besonders eine so bedeutende Einschärfung fordern hervorgegangen sei, Dr. Kern sich nicht habe an die Einholung neuer Institutionen befreit, sondern sofort selbst nach Bern überredet wollen, um sich mit seiner Regierung zu verhandeln. Die übrigen Konferenzmitglieder hätten sich jedoch geweigert, eine so lange Unterbrechung der Verhandlungen einzutreten zu lassen. Die „A. B.“ Nr. 150 enthält einen Leitartikel: „Deutsche Befreiung“, nach welchem der Südtiroler, Ansuche und billige Einschärfung wohl zugestanden werden könnten, dagegen würde eine nochmalige ausdrückliche Anerkennung der jenseitigen Rechte, wenn sie gefordert sein sollte, als eine „Demütigung“ der Schweiz durchaus ablehnbar sein. Die „Suisse“ behauptet, die meisten royalistischen Städte seien von Moreau in ihre Heimat geschafft und die Polizei habe vor der Regierung die Weisung erhalten, alle solche Personen unbelastigt zu lassen. — Bei dem Pariser Gesetz der helvetischen Gesellschaft, an dem 160 Schweizer teilnahmen, brachte Kern dem Schweizerischen Patriotismus im Ausland einen rost und ängstigte unter anderem: „Meine offizielle Stellung erlaubt mir nicht, die gegenwärtige Lage der Neuenburger Frage mitzuheilen, aber seit vier Jahren habe ich die Befreiung und das Aufrufen der eidgenössischen Behörden auf dieses schwierige und vorläufige, seit einem Republikaner höchst vorläufige Feld der Diplomatie berufen, so werde ich mit der gleichen Energie, mit welcher ich für den Frieden gewirkt, auch auf dem Felde der Diplomatie handeln, so wie ich mit dem Frieden und Ehre unseres Landes und die volle Unabhängigkeit von Neuenburg lämpfen.“ — Man sieht im „Bund“: „Eine Privatkorrespondenz aus Rio Janeiro entnehmen wir, dass Herr Bergueiro mit seinen Kolonisten in vollständigem Verschwinden sich befindet. Notoris ist nunmehr, doch leichte schlecht behandelt wurden; Bergueiro riskiert deshalb vor die Gerichte gestellt zu werden. Die schweizerische Polizeigesellschaft in Rio Janeiro warnt in Folge dessen dringend vor der Auswanderung nach Brasilien.“ — Mit den von dem neuen Landvogt Ballesta und zu Regierungsrathen gewählten Vertretern ist der Sieg der bisherigen freikonservativen Opposition besiegt. — Der Bundesrat hat einstimmig beschlossen, die Anträge des Post- und Handelsdepartements (Stämpfli) über die Tarifweiterkorrektur an die Bundesversammlung zu bringen. — Die Gunsten des Brüderfrankendienstes ist in Interlaken eine zahlreiche Volksversammlung abgehalten worden. — Die Universität Zürich bestätigt den Abgang ihres Botanikers, Prof. Nagel, der einen Ruf nach Würzburg angenommen hat.

— Es heißt, der Post wird nach der Pariser Aktion im Juni den Rückzug durch d. B. B. nehm und einige Tage in Lyon verweilen. — Ein Chausseebau in „Schweizer Sibirien“ hatte man kurzlich wieder 23 Grad kälte.

## Frankreich.

\* Paris, 2. April. Nachdem die Räumung der Donau für Schiffshäfen nunmehr vollständig erfolgt ist, sollen, wie man aus Daxwell meldet, die Divans am 20. d. M. zusammengetragen. Man glaubt nicht, dass die europäische Commission für die Reorganisation der Häfenhäuser ihren Bericht vor Ende August wird vollendet haben können; somit würde das Zusammentreffen der Pariser Konferenz in dieser Angelegenheit sich im September zu erwarten sein. — Die Neuenburger Konferenz hat heute keine Sitzung gehalten; die nächste Sitzung wird wahrscheinlich morgen stattfinden. — Gestern waren sämmtliche Marschälle von Frankreich zu einer Konferenz, der zweiten seit ihrer Zeit, versammelt. Die Angelegenheiten Algeriens und sammelt die Feldzug gegen die Kabylen sollen der Hauptpunkt dieser Konferenz sein. — Der Käfer besuchte gestern den Industriepalast, wo die Regierung große Umbauten vornehmen lässt; bekanntlich ist das Gebäude seit kurzem in die Hände des Staates übergegangen. — Das „Journal des Débats“ tritt heute ebenfalls in die Reihe derzeitigen, welche den dänisch-deutschen Konflikt mit aller Gewalt dem Forum des deutschen Bundestages entziehen möchten. An uns für sich darf dies nicht Wunder nehmen, denn, wo es gibt, Deutschland einen Stab zu versetzen, da ist die französische Presse, weniger aus Prinzip oder Interesse, als aus Gewohnheit, stets einflussreich. Im vorliegenden Falle ist es eben so aussichtslos, dass „Journal des Débats“ gegen Deutschland Partei nehmen zu leben. Dies ehrenwerthe Blatt hat sich bis jetzt nicht durch ausgewogene Vertheidigung jenes Prinzips angezeigt, welches die Söller Europa sogar der rein inneren Streitigkeiten überall unter die kantinischen Gaben eines Großherzogtums zu bringen strebt. Es ist nur eine Annahme möglich und es hat alle Wahrscheinlichkeit für sich, nämlich die, dass das „Journal des Débats“ oder wenigstens der Verfasser einer politischen Übersicht nicht die geringste Ahnung von der Frage hat, welche gegenwärtig zwischen Dänemark und Deutschland steht.

\* Paris, 2. April. Die gestrige Sitzung der Neuenburger Konferenz soll wie die vorige grobtheitlich durch einen umfassenden Bericht des Dr. Kern ausgefüllt worden sein, in welchem er die Gründe ausführte, aus denen der Bundestag mehrere Punkte der preussischen Vorschläge nicht Zustimmung verleiht. Letztere hatten im Allgemeinen die Bildung der Konsortialgesellschaften erhalten, und man soll nun gewiss Mittelwege anstreichen haben, um zu einer schliesslichen Ausgleichung zu gelangen. Gewiss ist, dass dieselbe in der geistigen Sitzung noch nicht erreicht wurde; indessen sollen sowohl Graf Hatzfeld als Dr. Kern sich bereits erklärt haben, weitere Verhandlungen auf telegraphischem Wege einzuhauen, und so wunderbar Weise schon morgen wieder eine Sitzung stattfinden. — Die heutige „A. B.“ enthält folgende Mitteilung: „Rechte und wichtige Korrespondenten haben zu verschiedenen Städen angekündigt, dass die Frage der österreichischen Herzogthümer vor einem europäischen Kongress gebracht werden könnte. Wir haben keinen Grund, zu glauben, dass diese Behauptung genau ist, und alles lässt uns im Gegenteil vermuten, dass die Frage der Herzogthümer das bleibt, was sie ist, d. h. eine wesentlich deutsche Frage.“ Diese anscheinend offiziöse Notiz scheint gewisse Empfindlichkeiten befürchten zu sollen, die etwa in Deutschland gegen eine französische Einmischung rege werden könnten. Es bleibt dennoch gewiss, dass die französische Regierung in Berlin und Wien sehr dringend abgeraten hat, die bezeichnete Frage an den Bund zu bringen, und dass sie auf die europäische Verhandlung nur dann verzichten will, wenn Preußen und Österreich direkt mit Dänemark verglichen; nur dies ist der wesentlich-deutsche Charakter, der ihr nach der höchsten Ansicht allenfalls zu gelassen ist. — Das „Bund“ blüht heute in offiziößer Weise auf, dass die englische Regierung bereits den Kommandanten der englischen Expedition den Besitz gesucht hat, Bussir und den persischen Meeres zu räumen. Die Räumung werde noch vor dem Monat Juni stattfinden, wo die große Höhe jene Gegend günstig ungefähr macht. — Der Gesandte des Königs von Siam, welcher mit einer außerordentlichen Mission beauftragt nach Paris und London kommen wird, heißt Gibbel a Dala und ist einer der vornahmen Palästinenbeamten am Hofe seines Herrn.

Der „Moniteur“ bringt jetzt den bereits angekündigten Auszug aus dem Bericht des Schiffslieutenant des Lavoistore an den Marineminister aus Batavia, 10. Februar. Nachdem die Seesträne den „Duroc“ am 2. Oktober auf einem Boot, das nicht einmal wasserfest war, verlassen, gelangten sie nach einer Fahrt über 1000 Meilen und Entfernung endlich am 30. Oktober nach Kapang, ohne dass ihnen unterwegs auch nur ein einziges Segel zu Gesicht gekommen war. Nachdem sie 50 Tage an einer einsamen Sandbank unter glühendem Sonnenbrand und 28 Tage aus mühseliger Fahrt, und zuletzt auch vor Hunger beinahe zugedröhnt, waren ihre Kräfte völlig erschöpft. Die Holländischen Behörden nahmen die französischen Seefahrer jedoch so gut auf, dass 28 derselben schon am 13. November die Reise mit dem Paketboot fortsetzen konnten und nach vierzehntheilichen Aufenthalte in Batavia am 6. Februar in Batavia eintrafen. — General Renault erhielt als interministerieller General-Gouverneur von Algerien Bericht über die Bohrung eines artificiellen Kanals in Tlemcen, der 120 Ths Wasser in der Minute giebt und der Dose eines Lebens verleiht. Arbeiten dieser Art werden zunächst in Constant-Dohor vorgenommen. Die Araber waren angeblich außer sich vor Dankbarkeit gegen ihre Wohltäter.

Die Angelegenheit des Bischofs von Mouline ist gestern noch nicht im Staatsrat zum Abschluss gekommen; man glaubt indeß, dass dies heute Nachmittag in einer plenaren Versammlung des Staatsrats geschehen wird. Die Diskussion war gestern eine sehr stürmische. Herr Cormandel stellte vor, dass der Regierung verboten sei, das eine sehr bedauerliche, die derselben den ganzen hohen Clerus abwendig machen könne, lediglich um den Kolonialstaat der niederen Geistlichkeit Genugthuung zu verschaffen. Herr v. Cormenin sprach in ähnlichem Sinne, obwohl mit mehr Wägung in der Form. Man versichert, dass die in den Komitee mit dem Bischof von Mouline verwickelten Geistlichen in einem von ihnen aufgezogenen Rundschreiben die in dem niederen Clerus herrschende Unzufriedenheit zu beschuldigen suchen. — Der Industrieminister Abatucci hat dem Kaiser bereits seinen Bericht über die Herstellung von Straßeneinrichtungen eingereicht. Es heißt am Schlusse desselben: „Es ist keine sonst ein politisches Interesse, als eine gesellschaftliche Ruhewiederherstellung, die dem überstürzten einen Damm entgegenzustellen. Aber wurde es hierzu genügen, im Straßengesetze die Beleidigungen von 1810 und 1818 wieder herzustellen, oder wird man nicht im Geiste weiter zurückgehen und den Zustand des alten Staates überhaupt in Betracht ziehen müssen, um in einem vollständigen System sowohl die Häfenfahrten zu entwideln, die Bergwerke dienen, wie die Witter, um ein solches feststellbar.“

Die Angelegenheit des Bischofs von Mouline ist gestern noch nicht im Staatsrat zum Abschluss gekommen; man glaubt indeß, dass dies heute Nachmittag in einer plenaren Versammlung des Staatsrats geschehen wird. Die Diskussion war gestern eine sehr stürmische. — Der Industrieminister Abatucci hat dem Kaiser bereits seinen Bericht über die Herstellung von Straßeneinrichtungen eingereicht. Es heißt am Schlusse desselben: „Es ist keine sonst ein politisches Interesse, als eine gesellschaftliche Ruhewiederherstellung, die dem überstürzten einen Damm entgegenzustellen. Aber wurde es hierzu genügen, im Straßengesetze die Beleidigungen von 1810 und 1818 wieder herzustellen, oder wird man nicht im Geiste weiter zurückgehen und den Zustand des alten Staates überhaupt in Betracht ziehen müssen, um in einem vollständigen System sowohl die Häfenfahrten zu entwideln, die Bergwerke dienen, wie die Straßen dienen, um ein solches feststellbar.“